

## COMP F3 PUBLIC CONSULTATION

---

**From:** Freese, Herbert <freese@nlt.de>  
**Sent:** Wednesday 31 May 2023 09:15  
**To:** COMP F3 PUBLIC CONSULTATION  
**Subject:** HT.6507 Reply from a public authority

**Follow Up Flag:** Follow up  
**Flag Status:** Flagged

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Gelegenheit an der Konsultation zum neuen Entwurf einer De-minimis-Verordnung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) teilnehmen zu können. Zum aktuellen Entwurf haben wir zwei grundsätzliche Anmerkungen:

- Der De-minimis-Höchstbetrag für DAWI sollte deutlich stärker erhöht werden. Statt der vorgesehenen 650.000 Euro halten wir einen Betrag von 1,5 Mio. Euro in drei Jahren für erforderlich. Art. 107 Abs. 1 AEUV sind Beihilfen mit dem Binnenmarkt unvereinbar, **soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen**. Die so genannte Zwischenstaatlichkeitsklausel klammert somit Auswirkungen auf den rein innerstaatlichen Handel aus dem Anwendungsbereich der Art. 107 Bis 109 AEUV aus. Bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ist regelmäßig nicht davon auszugehen, dass es sich um grenzüberschreitende Dienstleistungen handelt. Auch eine Produktion von Waren zum Export in andere Staaten findet regelmäßig nicht statt. Um dem Ziel einer Entbürokratisierung Rechnung zu tragen, sollte der Höchstbetrag diese Besonderheiten deutlich stärker berücksichtigen. Insbesondere Bedarf der jetzige Vorschlag einer Rechtfertigung, ob ein so geringer Wert – wie jetzt vorgeschlagen – überhaupt noch von Art. 107 Abs. 1 letzter Halbsatz AEUV gedeckt ist. Dabei ist auch an die Bestrebungen der Kommission Ende des letzten Jahrzehnts zu erinnern, sich im Beihilferecht auf die wesentlichen, marktrelevanten Vorgänge konzentrieren zu wollen. Dies verträgt sich nicht mit einem zu kleinteiligen Regelwerk. Insoweit Bedarf es eine transparente Normierung mit einem erheblich höheren Höchstbetrag, um für alle Akteure eine klare Leitlinie zu geben und gleichzeitig lokale DAWI-Beihilfen deutlich zu vereinfachen.
- Die Schaffung eines öffentlichen Register für DAWI-Beihilfen wird abgelehnt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass nunmehr alle DAWI-Beihilfegeber und –nehmer einen erhöhten bürokratischen Aufwand hinnehmen müssen. Es ist auch ein Irrtum, dass solche Register angesichts der Digitalisierung keinen Aufwand bedeuteten. Alle Stellen, die DAWI-Beihilfen auszahlen müssen zunächst Kenntnis davon erhalten, dass es ein solches Register gibt und sie zur Meldung verpflichtet sind. Gerade bei der großen Anzahl lokaler Gebietskörperschaften in Deutschland mit z. T. geringer Verwaltungskraft ist dies bereits ein erheblicher Aufwand. Sodann müssen Sie jeweils Meldungen abgeben. Dabei auftretende Fehler wie z. B. Tippfehler in der Schreibweise eines Unternehmens etc. führen mitunter zu Rückfragen und zu zusätzlichen Bearbeitungsschritten. Mit einem Register wird somit ein zusätzlicher Verfahrensschritt implementiert, der für sich im Einzelfall genommen vom Aufwand überschaubar sein mag. Angesichts der Vielzahl an notwendigen Meldungen entstehen hier aber erneut Kosten allein bei den Beihilfegebern, die in der Summe ein beträchtliches Ausmaß erreichen. Insoweit wird dringend gebeten, von einem Register abzusehen.

Wir wären dankbar, wenn unsere Bitten im Rahmen der Konsultation und dem weiteren Rechtssetzungsverfahren berücksichtigt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Herbert Freese  
Niedersächsischer Landkreistag  
Am Mittelfelde 169

30519 Hannover  
Tel.: 0511 87 95 3-36